



Nr. 50 – November 2001

Editorial

Liebe Freunde und Freundinnen von pazifik aktuell,

die erste Ausgabe von pazifik aktuell erschien am 1. August 1989 und löste die langjährig erschienenen "Informationen aus Papua-Neuguinea" ab. Dem entsprach die Gründung der Pazifik-Informationsstelle, eine bundesweite Zusammenarbeit zwischen dem Evangelischen Missionswerk, dem Nordelbischen Missionszentrum, dem Bayerischen Missionswerk und dem Pazifik-Netzwerk. Inzwischen ist noch MISSIO München als Träger hinzugekommen. Nach zwölf Jahren erscheint nun die 50. Ausgabe und ist zum Zeichen einer sehr erfolgreichen Zusammenarbeit geworden. Wichtig für die Menschen im Pazifik und für uns ist, dass dieser faszinierende Erdteil mit seinen sozialen, religiösen und ökonomischen Problemen in der Öffentlichkeit bei uns und darüber hinaus in Europa wahrgenommen wird. Wir freuen uns deshalb, dass es zahlreiche Freunde des Pazifiks gibt, dazu Zeitungsredaktionen, Bundestagsabgeordnete, Universitäten, Bibliotheken und andere Institutionen. Sie alle sind interessiert an den aktuellen Nachrichten und wissen, dass in der globalisierten Welt der Südpazifik oft Seismograph der Probleme ist, die ihre Ursachen bei uns haben: Klimaschutz, Plünderung der natürlichen Ressourcen und Weltmarktpreise. Die politi-

schen und sozialen Umbrüche, die damit zusammenhängen, sind enorm. So danken wir allen Menschen, Gruppen und Gemeinden, die ihr Interesse und ihre Teilnahme am Geschehen im Pazifik und in Papua-Neuguinea zu erkennen geben. Dank gebührt auch den Redakteur/innen, die bisher gewissenhaft und engagiert für pazifik aktuell verantwortlich waren: Uschi Mroßko, Beatrix Mettler-Frercks, Roland Seib, Susanne Piegsda und gegenwärtig Julia Ratzmann.

Wir wünschen pazifik aktuell weiterhin eine erfolgreiche Verbreitung und danken für Ihr bisheriges Interesse.

Mit besten Wünschen

Gernot Fugmann
Referat Papua-Neuguinea, Pazifik, Ostasien; Neuendettelsau

PAPUA-NEUGUINEA

Flüchtlinge aus Westpapua müssen zurück

Die Regierungen von Papua-Neuguinea und Indonesien haben beschlossen, die mehr als 300 Flüchtlinge aus Westpapua gewaltsam nach Indonesien zurückzubringen. Seit neun Monaten leben die Flüchtlinge

in einem Camp in Vanimo, nahe der Grenze zu Westpapua. Sie werden dort von der katholischen Kirche versorgt. Premierminister Sir Mekere Morauta sieht in den Flüchtlingen ein Problem für die Stabilität der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Papua-Neuguinea respektiere, dass die Westpapua-Frage eine interne Angelegenheit der Republik Indonesien sei, sagte Morauta. Versuche, die Flüchtlinge nach Westpapua zurückzuführen, waren in der Vergangenheit mehrfach gescheitert. Beide Regierungen einigten sich nun auf eine Nacht- und Nebelaktion einer mobilen Polizeibrigade. Bei Ankündigung ihrer Rückführung hätten die Flüchtlinge bisher immer die Lager verlassen und sich versteckt. Dies wolle man mit der geplanten Polizeiaktion vermeiden. (pacnews 09.11.01)

Frauen vergewaltigt

Drei Angestellte der Fluggesellschaft Air Niugini sind auf dem Weg zum Flughafen in Port Moresby überfallen und vergewaltigt worden. Die Frauen fuhren um vier Uhr morgens zur Arbeit, als eine bewaffnete Gruppe von Männern ihren Bus anhielt und sie in ein Sumpfgebiet hinter dem Golfplatz von Port Moresby verschleppte. Die neun männlichen Kollegen im Bus ließen sich auf einen Kampf mit den Tätern ein, konnten gegen die Übermacht jedoch nichts ausrichten. Zwei

**PAZIFIK-
INFORMATIONENSTELLE**

Getragen vom Pazifik-Netzwerk e.V., dem Evang. Missionswerk in Deutschland, dem Missionswerk der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, dem Nordelbischen Missionszentrum



weitere Frauen im Bus, eine davon schwanger, konnten sich in Sicherheit bringen. Die Belegschaft der Air Niugini legte nach Bekanntgabe der Vergewaltigungen für mehrere Stunden die Arbeit nieder, Flugzeuge konnten nicht oder nur verspätet starten. Die Angestellten forderten das Management auf, für bessere Sicherheitsvorkehrungen zu sorgen. Der Personalmanager der Air Niugini, Lucas Michael, versprach, den Angestellten der Frühschicht einen privaten Shuttleservice zum Flughafen zur Verfügung zu stellen. (pacnews 08.11.01, eigene Recherche)

Streitkräfte mit deutscher Hilfe modernisiert

Die Papua New Guinea Defence Force (Verteidigungsstreitkräfte) werden bis zum Jahr 2004 fünf Mio. US Dollar von Deutschland erhalten. Das Geld stammt aus Mitteln eines bilateralen Hilfsabkommens zwischen beiden Ländern. Von den Geldern sollen in Deutschland militärische Ausrüstungsgegenstände wie Flugzeugersatzteile, Schwimmpontons, Straßen- und Brückenteile sowie Funkgeräte angeschafft werden. Einmalig erhält PNG 200.000 DM. Damit sollen notwendige Reparaturen an der Ausrüstung der Soldaten und den Kasernen durchgeführt werden. Außerdem sollen Trainingseinheiten und workshops für die Soldaten finanziert werden. Die Hilfe aus Deutschland sei wichtig bei der Umstrukturierung und Modernisierung der Streitkräfte, erklärte Premier Mekere Morauta. Eine Delegation aus PNG reist in diesen Tagen nach Deutschland, um Details zu besprechen. (Morauta House, Presseerklärung 14.11.01)

Papuas sind ersten Menschen am ähnlichsten

Ein Team von Wissenschaftlern um den Genetiker Peter Forster (Universität Cambridge) und den Mathematiker Arne Röhl (Hamburg) hat das Erbgut Hunderter Menschen verschiedenen Ursprungs analysiert. Das Team forschte über die DNS (Desoxyribonucleinsäure) von Mitochondrien, die nur von Müttern auf ihre Kinder weitergegeben werden. Das Erbgut der Mitochondrien mischt sich nicht mit dem Erbgut des Vaters, es verändert sich dadurch im Laufe der Generationen nur durch Mutation. Mit den Ergebnissen ihrer Analyse stützen die Forscher die Hypothese, der zufolge der afrikanische Kontinent die ‚Wiege der Menschheit‘ ist.

Die Papuas hatten gemeinsam mit den Vorfahren von Europäern und Asiaten vor 60.000 Jahren den afrikanischen Kontinent verlassen. Sie erreichten vor 40.000 Jahren die Insel Neuguinea und lebten dort Jahrtausende relativ isoliert, so dass sich ihre Gene wenig veränderten. Forster und Röhl stellten fest, dass die Papuas von ihrer Physiognomie her den ersten Menschen aus Afrika am ähnlichsten sind. Da auch die Europäer durch Auswanderung von den afrikanischen ‚Ur-Menschen‘ abstammen, sind sie genetisch - wenn auch nicht vom Aussehen her - ebenso eng mit diesen verwandt wie die Papuas. (sz 25.09.01, eigene Recherche)

Adlerholz-Bestände in Gefahr

Die weltweit letzten Baumvorkommen für Adlerholz sind bedroht. Seit in Papua-Neuguinea Baumarten entdeckt wurden, die dieses aromatische Holz produzieren, hat ein Abhol-

zungsboom eingesetzt. Das Artenschutzprogramm des WWF (World Wild Fund for Nature) fordert in einer jetzt veröffentlichten Studie den Schutz des Holzes. Adlerholz wird für kulturelle, medizinische und aromatische Zwecke genutzt, z. B. als Essenz für die Parfümindustrie oder in Räucherstäbchen. Der Endverbraucherpreis für ein Kilogramm Adlerholz liegt bei 2.000 DM. Im Gebiet des Sepik-Flusses, in dem eine das Adlerholz produzierende Baumart wiederentdeckt wurde, erzielt ein Sammler jedoch nur einige Hundert DM pro Kilogramm.

Bei der verschollen geglaubten, einst durch deutsche Botaniker entdeckten, „Gyrinops ledermannii“ aus der Familie der Seidelbastgewächse, wird das aromatische Kernholz von etwa zehn Prozent der Stämme gebildet. Dabei stellt der Baum in einer Art „Abwehrmaßnahme“ gegen Pilze oder Verletzungen ein ölhaltiges Harz her. Nur trainierte Sammler können von außen erkennen, ob das Holz des Baumes den aromatischen Stoff produziert oder nicht. So werden weit mehr Bäume als nötig gefällt. Bei der unkontrollierten Abholzung dieser Baumart droht eine Entwertung des gesamten Waldökosystems.

„Im Wert des Adlerholzes liegt unsere Chance, die Wälder in Papua-Neuguinea zu erhalten. Wird mit Adlerholz nachhaltig gewirtschaftet, hat die Bevölkerung langfristig einen großen wirtschaftlichen Nutzen davon, weit mehr als durch industriellen Holzeinschlag“, erklärte der Artenschutzexperte des WWF, Roland Melisch. (Eco-News 17.10.01, WWF Infos)

BOUGAINVILLE

Ona im Friedensprozess?

Der Gouverneur von Bougainville, John Momis, sieht eine große Chance, Rebellenführer Francis Ona in das Friedensabkommen von August 2001 einzubeziehen, wenn der Änderungsantrag zur Verfassung von PNG im Parlament positiv entschieden wird.

Im Friedensabkommen von Arawa war festgelegt worden, dass der Insel eine größere Autonomie mit der Option auf ein Referendum zur Unabhängigkeit in 10 bis 15 Jahren zugestanden wird. Nach der jetzigen Verfassung kann Bougainville nicht unabhängig werden. Deshalb soll im Dezember im Nationalparlament über eine Verfassungsänderung beraten werden.

Das Arawa-Abkommen sieht des Weiteren die Abgabe aller Waffen der Ex-Kombattanten vor. Gouverneur Momis sagte, Onas Truppen im Gebiet der Panguna-Mine seien zur Abgabe ihrer Waffen bereit, wenn die Verfassung geändert würde und die Unabhängigkeit in Aussicht stünde. (*Independent* 22.11., *National online* 27.11., *PIR* 26.11.01)

BERGBAU

BHP raus aus Ok Tedi

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat zugestimmt, die Anteile von Broken Hill Propriety in Höhe von 52 % an der Ok Tedi-Gold- und Kupfermine in den internationalen Treuhandfonds „Program Company“ zu überführen. Damit ist der Weg frei für einen Rückzug für das vor einigen Monaten mit der Firma Billiton plc. zu dem Großkonzern „BHP Billiton Ltd.“ fusionierte Unternehmen. Geplanter Termin ist

der Januar 2002. Der Treuhandfonds soll die Anteile im Interesse der Nationalregierung und der Regierung der Western Province bis zur geplanten Schließung der Mine verwalten. Trotz der extremen Umweltbelastung durch die Abräume der Mine hatte sich die Regierung entschlossen, die Kupfervorkommen weitere zehn Jahre abzubauen. Etwa 10 % (ca. 500 Mio. Kina) der Wirtschaftskraft des Landes hängen von den Exporterlösen aus der Mine ab. (*pacnews* 27.09., *www.news.com.au* 26.09., *Arte* 19.11., *National* 27.11.01)

BHP muss Landeigner informieren

Alle 30.000 Landeigner, die eine Gruppenklage gegen BHP eingereicht haben, müssen in ihrer Lokalsprache regelmäßig über den Fortgang des Prozesses informiert werden. Das entschied das oberste Gericht in Victoria/Australien.

1996 hatten sich BHP und die Landeigner in einem außergerichtlichen Vergleich über die Zahlung von Kompensationen in Höhe von 100 Mio. AUS Dollar geeinigt. BHP hatte versprochen, zukünftig bessere Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen und die Menge an giftigen Abräumen aus der Mine zu verringern. Die Landeigner sahen dieses Versprechen nicht bestätigt, sie zogen deshalb im April des Jahres unter Führung des Parlamentsmitgliedes für den South Fly-Bezirk, Gabia Gagarimabu, mit einer Sammelklage vor das Gericht von Victoria. Die Landesbesitzer werden von der australischen Rechtsanwaltskanzlei Slater & Gordon vertreten. Diese bemängelt, dass BHP trotz des Versprechens von 1996 immer noch täglich 90.000 Tonnen Abräume in die Flüsse Ok Tedi und Fly leitet.

Das Gericht in Victoria entschied, dass die Bevölkerung auf einer 1.000 Kilometer langen Strecke zwischen Tabubil und Daru über Radiospots, Zeitungsanzeigen und Vorträge über die Klage informiert werden muss. Den Leuten sollte so bis zum 7. Januar 2002 die Gelegenheit gegeben werden, von der Sammelklage zurückzutreten, erläuterte Richter John Hedigan. In den Spots heißt es: „*Sie waren bei dem Abkommen im Juni 1996 zwischen den Landeignern und BHP beteiligt. Sie sind automatisch Teil der aktuellen Sammelklage und haben damit Ansprüche auf eventuelle Kompensationen. Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, melden Sie sich bis zum 7. Januar bei uns.*“ (*PM* 27.08., *PIR* 29.08., *The National* 28.08., 29.08.01)

Ok Tedi- Mine geschlossen

Aufgebrachte Landeigner aus vier Dörfern im Minengebiet haben eine Brücke auf der Zufahrtsstraße zur Ok Tedi-Mine blockiert und damit für einen Produktionsstillstand gesorgt. Nach Angaben von OTLM-Generaldirektor Dr. Roger Higgins verlor das Unternehmen dadurch 2.000 Tonnen Kupferkonzentrat, die in der Zeit des Stillstands der Maschinen hätten gefördert werden können.

Die Regierung von PNG hatte sich geweigert, aus den 52 % der BHP- Anteile den traditionellen Landeignern 12 % zur Verfügung zu stellen. Als bekannt wurde, dass die gesamten 52 % Anteile in den Treuhandfonds der Program Company überführt werden sollen, protestierten die Landeigner mit einer Petition an die Parlamentsmitglieder und mit der Straßenblockade. (*Postcourier* 26.11., *National online* 27.11.01)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Aus der ELC-PNG und anderen lutherischen Kirchen

Gottes Wirken beim Hausbau in Munum

Dass das Hausbauprojekt mit der Organisation ‚Habitat for Humanity‘ in der Gegend des Dorfes Munum (Morobe Provinz) nun Wirklichkeit wird, ist das sichtbare Wirken der Hand Gottes nach Auffassung von Pastor Abraham Nathan von der 96 Mitglieder zählenden Galiläa-Gemeinde, einer von der ELC-PNG abgespaltenen und zur Lutheran Renewal Church übergetretenen Gemeinde. Drei Monate lang haben Mitglieder der Gemeinde jeden Mittwoch Abend dreimal für das Projekt gebetet. Nun wurde damit offiziell und feierlich begonnen: 150 neue Häuser sollen entstehen und das so sichtbare Ergebnis der Gebete soll alle Menschen im Bereich von Wampar von der Kraft des lebendigen Gottes überzeugen. (*National Online 01.11.01*)

Aus dem Kirchenrat der ELC-PNG

Von Personen
Mit Frau **Nesing Hondina** (Immanuel-Distrikt, Südliches Hochland) ist erstmalig eine Frau neben dem Distrikt-Präsidenten als Laien-Vertreterin eines Distrikts in den Kirchenrat eingezogen.

Frau **Yatap Matere**, Vertreterin aller Frauen der Kirche im Kirchenrat, wurde als Vertreterin der ELC-PNG im Nationalrat der Frauen von PNG bestätigt. Für den Ukata-Distrikt nahm neben Altpräsident Pfr. Seru Milenge auch dessen designierter Nachfolger, Pfr. **Hariewa Gello**, an der Kirchenratsitzung teil.

Fua Singin, früher Leiter des Lutherischen Entwicklungsdienstes (LDS), ist nun amtierender Sekretär der ELC-PNG (Nachfolge Reuben Kure).

Beno Kamewo, bislang zuständig für das Yangpela Didiman-Programm des LDS, hat zunächst kommissarisch Fuas Nachfolge in der Leitung des LDS übernommen.

Der Leiter der Abteilung für Bildung und Erziehung (Education Department), **Taman Kim**, wurde zur Teilnahme am Wahlkampf um einen Sitz im Landesparlament vom kirchlichen Dienst beurlaubt.

Abraham Yapu ist im Rahmen eines Gottesdienstes während der Kirchenratstagung in sein Amt als Leiter des Lutherischen Gesundheitsdienstes (Lutheran Health Service) eingeführt worden.

Missionar i.R. Pfr. **Dr. Paul Senff** ist eingeladen worden, im Rahmen eines dreimonatigen Einsatzes als Dozent am LHS Ogelbeng auszuhelfen.

Schwester **Margaret Voigt** (Lutherische Krankenpflegeschule Madang in Verbindung mit der Divine Word University Madang) wird als Dekanin der Fakultät für Pflegewissenschaften für die Einhaltung des erforderlichen Standards für alle pflegewissenschaftlichen Diplom-Studiengänge des Landes verantwortlich sein.

Pfr. **Reuben Martin** übernimmt die Aufgabe des Studierendenpfarrers am Balob Teachers' College (Nachfolge Pfr. Sakey Geyamgöling), Pfr. **Eric Punde** löst Pfr. Roy Madany in Balob als Dozent für Religionsunterricht ab.

Zu neuen Mitgliedern des Partners' Forums wurden ernannt: als Vertreter der Abteilungsleiter **John Kuman**, Leiter der Liegenschaftsabteilung der ELC-PNG, und als Vertreter der Gesamtkirche Pfr. **Kasek Kautil**, zur Zeit Geschäftsführer des Verlags mit Druckerei Kristen Pres Inc.. Er übernimmt auch den Vorsitz des Forums.

Der Kirchenrat bittet die Überseekirchen um Mitarbeitende:

- eine Fachkraft für Kommunikation bei der Abteilung für Evangelisation und Verkündigung,
- ein Sozialpädagoge für die Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen in der Stadt Lae,
- eine Fachkraft für Leitung, Koordination und Weiterentwicklung der kirchlichen Bläsermusik-Arbeit,
- eine Fachkraft für die Leitung des landwirtschaftlichen Betriebs an der Lutherischen Oberschule Bumayong (Lae),
- eine Fachkraft für Landwirtschaft zur Mitarbeit im dorfbezogenen Bildungsprogramm „Yangpela Didiman“.

Pastor **Frederick Yowomar** aus dem Madang-Distrikt wurde zum Nachfolger für den in Bayern tätigen Austauschpfarrer Baafekec Bamiringnuc ernannt.

Pfr. **Jimmy Joe** soll in der Abteilung des Bischofs das Büro für Angelegenheiten der Pfarrer leiten, die Einkehrtage für Kirchenführer organisieren und die internationalen Partnerschaften koordinieren.

Pastor **Beka Kosieng** soll die Abteilung für Evangelisation und Verkündigung (Gutnius Dipatmen) weitere zwei Jahre lang leiten.

Pastor **Hanns Giegere** wurde als Dozent an das Senior-Flierl-Seminar Logaweng berufen.

Weil kein Nachfolger zur Verfügung steht, wurde die Amtszeit des Schulleiters von Amron, **Paul Kaupa**, bis zum Ende des Jahres 2002 verlängert.

Pfr. **Dr. Zirajukic Kemung** wird eine weitere Amtsperiode Leiter des Martin-Luther-Seminars sein.

Pastor **Umba Bomai**, der frühere Leiter des Seminars, wird noch bis zum Ende der laufenden Dienstperiode (2002) als Dozent in Ogelbeng tätig sein.

Im August 2002 wird die Amtszeit von Kainantu-Distriktpäsident **Zureo Mavino** enden. Er ist bisher der einzige Evangelist unter den Präsidenten. Gemäß der Verfassung der Kirche und eines Beschlusses des Kirchenrats soll dann die Distrikt-Synode (District Conference) einen Pfarrer als Nachfolger wählen.

Pfarrhäuser

Nach Beendigung ihres Dienstes haben die Pfarrer und ihre Familien die Dienstwohnungen für ihre Nachfolger freizumachen. Um dies zu erleichtern, erhalten sie von der Kirche eine Sonderzuwendung (belgut). Außerdem existiert ein Sonderfonds (Lidasip fan), aus dem bei Eintritt in den Ruhestand ein Zuschuss für den Bau eines eigenen Hauses gezahlt werden kann. Im Konfliktfall sollen die Pfarrhäuser auch mit rechtlichen Mitteln geräumt werden.

Missionarische Aufgaben im Ausland

Die aus finanziellen Gründen vor einiger Zeit eingestellte Arbeit unter australischen Aborigines soll wieder aufgenommen werden. Entsprechende Verhandlungen werden mit der Lutherischen Kirche von Australien (LCA) geführt.

Auch in Asien will sich die ELC-PNG an missionarischen Aufgaben beteiligen. Dies soll im Rahmen des „Süd-Süd-Austauschprogrammes“ geschehen. Als erster wird Pastor Kiki Gwayaweng besuchsweise nach Indien reisen. Im Gegenzug wird ein Pfarrer aus Indien

am Martin-Luther-Seminar lehren.

Erneuerungsbewegungen
Um Missverständnissen unter den Erneuerungsgruppen entgegenzuwirken, wird das bisher so genannte „Büro für Erneuerung“ („Rinuel Opis“) umbenannt in „Büro für den Dialog mit Erneuerungsgruppen“ („Opis Bilong Toktok Wantaim Rinuel“). Zum Koordinator dieser Arbeit wurde Pfr. Igorir Sorum, bislang Dozent am Martin-Luther-Seminar, ernannt. Er arbeitet zusammen mit Missionar Pfr. Martin Krieg (Nordelbische Kirche).

Motorräder für Pfarrer

Der Kirchendistrikt Niugini Ailan beantragt Unterstützung für die in der Region aufwendigen Dienstfahrten der kirchlichen Mitarbeitenden: Für Fahrten im Zusammenhang mit kirchlicher Arbeit soll die kircheneigene Schifffahrtsgesellschaft Lutheran Shipping einen Nachlass von 15 % gewähren. Für jeden Pfarrer soll darüber hinaus ein Dienst-Motorrad angeschafft werden.

Buchprüfung für Distrikte

Jeder Kirchendistrikt soll sich eine eigene Verfassung geben. Sie soll sich an dem Verfassungsmodell der ELC-PNG orientieren. Die Buchhaltung der Distrikte soll einmal pro Jahr überprüft werden.

Jiwaka-Wahl ungültig

Die Neuwahlen im Jiwaka-Distrikt im März 2001 haben nach der Überzeugung des Kirchenrats nicht der Verfassung der ELC-PNG entsprochen. Aus diesem Grund wird die Wahl für ungültig erklärt. Neuwahlen werden für Juli 2001 am Ende der Amtszeit des derzeitigen Präsidenten Pastor Anton Awi angesetzt.

Synode 2002

Die nächste (23.) Synode der ELC-PNG wird vom 13. bis 18. Januar 2002 in Wau stattfinden. Ihr Thema lautet: „Heilung für die Lutherische Kirche in Papua-Neuguinea“. Die Teilnahmegebühr für alle Delegierten, Berater und sonstigen Besucher beträgt 25 Kina pro Person. *(aus dem Protokoll der Kirchenratssitzung vom 4. bis 8. Juni 2001)*

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Priester wegen 45 Kina umgebracht

Der katholische Priester Hubert Hofmans wurde wegen 45 Kina am Freitag in Lae getötet. Der Veteran kirchlicher Aufbauarbeit wurde von Kriminellen erschossen, weil sie mit den 45 Kina Bargeld, die er bei sich hatte, nicht zufrieden waren. Der aus Limburg (Niederlande) stammende Geistliche war gerade auf dem Weg zu einer Familie, der er 45 Kina für erhaltene Dienste überreichen wollte. Die Täter wollten ihm nicht glauben, dass er nur so wenig bei sich hatte, erschossen ihn und durchsuchten seine Kleidung.

Mit Pater Hofmans hat der Orden der Marianhill-Missionare einen verdienten Ordensmann verloren, der als Bauplaner tätig war und für über 800 Jugendliche zuständig war. Er war zuletzt Gemeindepfarrer der Gemeinde ‚Christkönig‘ im Stadtteil 11-Mile von Lae.

Erst im August des Jahres war ein anderer katholischer Priester in Port Moresby ermordet worden. *(PC Online 26.11.01)*

Katholische Bischöfe loben Beschränkung des Verfügungsgeldes für Abgeordnete

Die wohl mächtigste kirchliche Gruppe in PNG, die Katholische Bischofskonferenz, hat die Zeit, als der Verfügungsfonds für Parlamentsabgeordnete existierte, als eine „*beschämende Periode*“ in der Geschichte des Landes bezeichnet. Die Konferenz lobte Premierminister Sir Mekere Morauta dafür, dass er das System eingeschränkt hat, dessen Abschaffung von der Gesellschaft schon seit Jahren gefordert worden war. Die 89 Abgeordneten der „Offenen Sitze“ im Parlament hatten mehrere Jahre lang jährlich 1,5 Mio. Kina erhalten, um die Infrastruktur in ihren Wahlkreisen zu verbessern. Dies soll nun laut Haushaltsplan für 2002 auf 500.000 Kina pro Abgeordneter reduziert werden. In ihrer Stellungnahme kritisierten die Bischöfe, dass die bisher geübte Praxis Korruption gefördert habe. (*National Online 20.11.01*)

Tag des Gebets: „Nein zur Gewalt!“

Am 14. November wurde im ganzen Land ein Tag des Gebets durchgeführt. Er hatte das Thema: „Sag ‚Nein‘ zur Gewalt.“ In Port Moresby dauerte die Gebetsveranstaltung im Sir-John-Guise-Stadion von 6 Uhr früh bis 9 Uhr am Abend. Die Teilnehmenden kamen aus allen Konfessionen. In den Schulen wurde während der morgendlichen Schulversammlung für Gewaltlosigkeit gebetet. In Privatwohnungen, Büros und am Arbeitsplatz wurde zur Mittagsstunde überall im Land gebetet. Die Fernseh- und Rundfunkanstalten übertrugen in stündlichen Abständen Gebete. (*Independent 15.11.01*)

Katholische Kirche hat die Jugend im Blick

Am Ende einer dreitägigen Jugendveranstaltung der Katholischen Kirche in der Diözese Goroka fand ein Gottesdienst statt, zu dem rund 3.000 Gläubige zusammengekommen waren. Bischof Sanego, der den Gottesdienst gemeinsam mit fünf weiteren Priestern zelebrierte, hob in seiner Ansprache die Bedeutung von Bildung und Ausbildung für die jungen Menschen hervor. „*Wir Katholiken müssen die Jugendlichen wertschätzen und sie darauf vorbereiten, ein sinnerfülltes Leben zu führen*“, so der Bischof. Alle Glieder des Gemeinwesens hätten die Verantwortung für die Jugend mitzutragen, zu ihrer Entwicklung beizutragen und sie zu fördern. Die 120 jugendlichen Teilnehmenden, die aus neun der zehn zur Diözese gehörenden Gemeinden kamen, forderte er auf, das während der drei Tage Gelernte zuhause anzuwenden: Neben der täglichen Bibellese und dem Gebet gehörten dazu auch Taten der Nächstenliebe in Gemeinde und Nachbarschaft.

Ein Musikwettbewerb und ein Basketball-Turnier rundeten das Programm des Jungentreffens ab. (*National Online 15.11.01*)

Internationale Hilfe zur Entschuldung der United Church – weitere Entwicklung

Mit rund einer Mio. Kina war die protestantische United Church of PNG (UCPNG) aufgrund mangelhafter Finanzverwaltung verschuldet. Nur durch den Verkauf von Immobilien wie Wohnraum im Bereich von Port Moresby und Plantagenbesitz in den Provinzen Milne Bay und East New Britain durch den Gläubiger, die PNG Banking Corporation, konnten die Schulden beglichen werden. Bei der Finanz-

aktion halfen auch die 32 Mitgliedskirchen des Rats für Weltmission. Sie stellten auch Fördermittel für besondere Maßnahmen und Projekte zur Entwicklung der Kirche in den Jahren 2002 bis 2004 bereit. Sie sollen vor allem in den Bereichen kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit, Gesundheitsfürsorge, Bildung durch Grund- und Oberschulen und Frauenarbeit eingesetzt werden. Die theologische Ausbildungsstätte der Kirche in Rarongo (East New Britain) soll für zehn Mio. Kina erneuert werden. Die Maßnahme beinhaltet auch den Ausbau des Lehrangebots einschließlich eines Studiengangs mit dem Magister-Abschluss. Rev. Joseph Nopei, bislang Stellv. Leiter des Rarongo Theological College, wurde zum neuen Bischof für die Region Bougainville ernannt. Für die Region West Gulf soll Rev. Wari Eho das Bischofsamt übernehmen.

Mit Beginn des Studienjahres 2002 soll im Einklang mit der Bildungsplanung der Landesregierung am Gaulim Teachers' College ein Diplom-Studiengang für das Lehramt in der Grundschule eingeführt werden. (*Independent 15.11.01*)

Wunderbare Musik

Das bisher größte Gospelkonzert in Papua-Neuguinea soll vom 22. bis 25. November in Port Moresby stattfinden. 20 Gospelbands und Solo-Musiker haben sich bisher angemeldet. Die mit erheblichen Kosten verbundene Veranstaltung soll das Land auf den für Ende des Jahres geplanten Auftritt des amerikanischen Predigers Crefflo Dollar vorbereiten. Der Veranstalter mit dem anspruchsvollen Namen „Time for your Miracle Ministry“ (etwa: „die Zeit für dein persönliches Wunder“) möchte die vielen im

Land aktiven Gospelgruppen motivieren, ihre evangelistische Arbeit zu verstärken. (*Independent 08.11.01*)

Weltkonferenz der O.L.S.H.- Schwestern

Der international in vielen Teilen der Welt vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und Pfarrgemeindeunterstützung arbeitende katholische Orden der „Daughters of Our Lady of the Sacred Heart“ (OLHS) hielt seine Weltkonferenz im Oktober in Vunapope bei Rabaul ab. Schwestern aus elf verschiedenen Ländern, die in 14 Staaten der Welt arbeiten, waren angereist. Aus dem pazifischen Raum waren die Ordensprovinzen Australien, Kiribati, die Philippinen, Indonesien und PNG vertreten. Allein in PNG gehören 115 Schwestern zu der Ordensgemeinschaft, 80 von ihnen sind gebürtige Papua-Neuguineerinnen. Inhaltlich ging es bei der Tagung vor allem um den missionarischen Auftrag des Ordens im neuen Jahrhundert. Die Teilnehmerinnen unternahmen eine eintägige Pilgerfahrt zur Insel Yule in der Central-Provinz. Hier hatten sich 1887 die ersten Schwestern der Kongregation niedergelassen. (*Independent 08.11.01*)

Evangelikale Kirche: zweite Taufe in Madang

Die ursprünglich vor allem im südlichen Hochland und in der Western Province vertretene „Evangelikale Kirche von PNG“ hat seit Dezember 1998 auch eine Gemeinde in der Stadt Madang. Ihre Mitglieder stammen überwiegend von den Hela Huli des Südlichen Hoch-

lands. Zum zweiten Mal konnte kürzlich ein Taufgottesdienst abgehalten werden. Die Zeremonie wurde von Pastor Moses Bakura, einem Mitarbeiter von World Vision International, durchgeführt. Seit Bestehen der Gemeinde wurden hier insgesamt 150 Gläubige getauft. (*Wantok 08.11.01*)

Stärkung des Christentums und Toleranz gefördert

Der frühere Premierminister Sir Rabbie Namaliu hat anlässlich der Einweihung eines Pfarrhauses der United Church in Mualim auf den Duke-of-York-Inseln die Kirchen aufgefordert, sich stärker als bisher für die Umsetzung christlicher Wertvorstellungen im Land einzusetzen. Die Kirche müsse auch weiterhin einen Platz im Herzen der Nation und der Dorfgemeinschaften haben. *„Mehr als je zuvor suchen die Menschen nach Stärke, Sicherheit und Führung, denn weltweit gibt es Sorgen und PNG hat laufend mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Problemen zu kämpfen“*, so Sir Rabbie. Angesichts des Krieges gegen den Terrorismus sei es wichtig zu erkennen, dass es sich nicht um einen Krieg gegen den Islam oder irgendeine andere Religion handle, sondern um einen Kampf gegen Einzelne und Organisationen, die gegen Grundprinzipien einer zivilisierten Gesellschaft und gegen die Menschenwürde verstoßen. *„Ich warne euch vor Politikern, die die Bedeutung der christlichen Kirche und der christlichen Prinzipien im Leben unserer Nation abwerten wollen.“* Regierungen, die von Kirchen Stillschweigen in öffentlichen Angelegenheiten forderten, hätten etwas zu verbergen. *„Wenn wir die Abwertung der christlichen Werte zulassen“*, so Namaliu weiter,

„dann wird es mit der Nation weiter bergab gehen wie nie zuvor.“ (*National 08.11.01*)

Katholische Kirche für Anerkennung der Flüchtlinge

Die finanzielle Unterstützung der 400 in einem Camp bei Vanimo lebenden Menschen aus Westpapua soll mit dem 1. Januar 2002 enden. Dies teilte das Büro des UN-Kommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) der katholischen Diözese von Vanimo kürzlich mit. Als Begründung dafür wurde die Weigerung der Regierung von PNG genannt, den Menschen den Flüchtlingsstatus zu erteilen. Offiziell werden sie als „Grenzgänger“ (border crossers) bezeichnet und dafür sei die UNHCR nicht zuständig. Demgegenüber versicherte die Katholische Kirche, sie sei bereit, den Menschen weiterhin zu helfen, jedoch müsse schriftlich vereinbart werden, dass die Regierung von PNG die Rechtmäßigkeit des Flüchtlingsstatus untersuchen lassen werde. (*Radio Australien 02.11.01*)

WESTPAPUA/ INDONESIEN

Opfer des Flugzeugabsturzes geborgen

Das Wrack der am Sonntag, 11. November, in der Region Wanggar an einem Berghang abgestürzten Cessna wurde am Mittwoch gefunden. Alle Leichen und der Überlebende wurden erst am Donnerstag wegen des bis dahin schlechten Wetters in der Region nach Nabire und Timika gebracht. Wie ein Sprecher der Association of Mission Aviation (AMA), der das Flugzeug gehörte,

mitteilte, wurde das Wrack 75 km südlich von Nabire gefunden. Bei den vier Toten handelt es sich um Personen aus Nabire. Das Flugzeug war von der Holzfirma PT Unindo Darma Sakti gemietet worden. Ihr Präsident Chandra Suyono war einer der Passagiere, er kam mit einem gebrochenen Bein davon. Der Pilot, ein Manager der Holzfirma, ein Angestellter der staatseigenen Fluglinie Merpati Nusantara und Hermanus Ayomi kamen ums Leben. (*Jakarta Post.com National News 15.11.01*)

Bombenanschlag in Jakarta

Am 9. November warfen drei Männer gegen 21 Uhr Ortszeit mehrere selbst gebaute Granaten im Norden Jakartas in eine protestantische Kirche während eines dort stattfindenden Abendgottesdienstes. Nur eine von ihnen explodierte. Polizeibeamte fanden drei der Blindgänger und nahmen zwei Täter fest. Sie gehören anscheinend zu einer Moslem-Gruppe, die auf den Molukken an den gewalttätigen Auseinandersetzungen beteiligt ist. Als Tatmotiv gaben die Festgenommenen an, die versammelte Gemeinde hätte für ein Ende der Gewalt auf den Molukken gebetet. Dem Vernehmen nach wurde bei dem Anschlag niemand verletzt. Dies ist bereits der zweite Bombenanschlag in der Hauptstadt in einer Woche. (*Air Security International Hot Spots 12.11.01*)

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Rapanuis wollen in Den Hague klagen

Die Bevölkerung der Osterinsel (Rapanui) hat die internationale Gemeinschaft um Unterstützung gebeten. Mitte Juli wurden zwei traditionelle Familienhäuser des einheimischen Rapa Nui Parlamentes unter Beisein des chilenischen Gouverneurs Enrique Pakarati durch bewaffnete Polizeikräfte zerstört. Das Rapa Nui Parlament - auch Rat der Alten genannt (Koro Huá Rapa Nui) - macht sich für die Belange der letzten 3.000 Maohi auf der Osterinsel stark und bemüht sich, die Traditionen der indigenen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Das Parlament setzt sich vor allem für den Schutz der traditionellen Landrechte ein. Durch lobbying versucht es, Rapanui auf die Liste der „non self-governing territories“ bei den Vereinten Nationen zu setzen.

Die Zerstörung der beiden Häuser durch die chilenische Polizei soll zum Anlass genommen werden, den Fall vor den internationalen Gerichtshof in Den Hague zu bringen, wo die Rapanuis die Verletzungen ihrer traditionellen Rechte durch Chile vortragen wollen. Die Osterinsel war 1888 von Chile annektiert worden. (*PNB 9/01 und 10/01, PCRC 30.10.01*)

Tuvalus entscheiden über politische Zukunft

Die knapp 10.000 Bewohner von Tuvalu sollen zu Beginn des neuen Jahres in einem Referendum über die politische Zukunft ihrer vier Inseln und fünf Atolle im zentralen Südpazifik entscheiden. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1978 folgen die Tuvalus dem sogenannten Westminster-Modell. Tuvalu ist eine konstitutionelle Monarchie unter der britischen Königin Elizabeth II, die auf der Insel von einem Generalgouverneur vertreten wird. Das Parlament besteht aus 12 Mit-

gliedern, die für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt werden. Von diesen 12 Mitgliedern wird eines zum Premierminister gewählt, ihm zur Seite stehen vier Minister. Es gibt keine politischen Parteien.

Die letzte Volksabstimmung fand 1975 statt. Damals entschieden die Bewohner sich, die beiden Inselgruppen Ellice (so der koloniale Name von Tuvalu) und Gilbert politisch zu trennen. Die Gilbert-Inseln gehören seitdem zur Inselrepublik Kiribati. (*Funafuti News 06.11.01, Pacific Islands Encyclopedia*)

Rongelap kauft US-Kraftwerk

Die örtliche Regierung des Rongelap-Atolls (Marshall-Inseln) hat den Vereinigten Staaten von Amerika ein Dieselkraftwerk für 500.000 US Dollar (ca. einer Mio. DM) abgekauft. Das Kraftwerk war auf der Insel Roi-Namur, dem Raketenstützpunkt der Amerikaner auf dem Kwajalein-Atoll, (Marshall-Inseln) in Betrieb. Das Kraftwerk ist für das Rongelap-Atoll viel zu groß, sieben der neun 1,2 Kilowatt starken Maschinen sollen verkauft werden. Mit den beiden übrigen Maschinen soll die Stromversorgung der Insel zukünftig gewährleistet werden. Noch leben auf Rongelap allerdings nur einige Bauarbeiter. 1985 hatten die meisten Einwohner die Insel verlassen, sie fürchteten die radioaktive Strahlung.

1954 war Rongelap von dem radioaktiven Fall-out einer 15 Megatonnen schweren, auf dem benachbarten Bikini-Atoll gezündeten, Atombombe der Amerikaner betroffen, tagelang „schneite“ es verseuchte Asche vom Himmel. Die Zündung dieser bislang größten Hydrogenbombe ging als „Bravo-Test“ in die Geschichte ein.

Seit sieben Jahren versuchen die Amerikaner, Rongelap von

radioaktiver Strahlung zu säubern, um damit den rund 2.000 im Pazifik verstreut lebenden Rongelapesen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Zur Zeit planen Architekturstudenten an der Universität von Hawai'i die Wiederbesiedlung des Atolls. (siehe pazifik aktuell Nr. 49). (pacnews 07.11.01)

350 Flüchtlinge ertrunken

350 Flüchtlinge aus dem Irak, Iran, Palästina, Algerien und Afghanistan sind Ende Oktober vor der Küste Indonesiens ertrunken. Ihr Schiff war leckgeschlagen und innerhalb weniger Minuten gesunken. 44 Menschen konnten sich auf Fischerboote und an Land retten. Die Geretteten wurden in der Stadt Bogor auf der indonesischen Insel Java erstversorgt. Das völlig verrottete und überfüllte Schiff war von Sumatra aus in See gestochen, um die Flüchtlinge an die australische Küste zu bringen. Sie hatten dafür dem in Indonesien wohlbekanntesten Menschen-smuggler Abu Quassey Unsummen Geldes zahlen müssen. (SMH 23.10., 25.10.01)

Waigani-Abkommen in Kraft

Am 21. Oktober ist das Waigani-Abkommen sechs Jahre nach Beschlussfassung in Kraft getreten. Das Abkommen vom 16. September 1995 verbietet den Import von Gefahrgütern und radioaktiven Abfall in die Länder des Pazifiks. Außerdem sieht das Abkommen vor, den panpazifischen Transport von radioaktivem Müll zu Lagerungsstätten, etwa in Japan, so weit wie möglich zu reduzieren und möglichst wenig Gefahrenstoffe im Pazifik zu lagern. Mit Tuvalu hat im September ein zehntes Land das Abkommen ratifiziert, damit ist die 1995

benannte Voraussetzung (mindestens 10 der 16 Länder des ‚Pacific Islands Forum‘ müssen das Abkommen ratifizieren) erreicht und das Abkommen mit dem vollen Namen *„Convention to ban the importation into Forum Island countries of hazardous and radioactive wastes and to control the transboundary movement and management for hazardous wastes within the South Pacific Region“* in Kraft. (pacnews 26.09.01)

Gründung eines Globalisierungsnetzwerks

Ende Oktober hat sich das ‚Pacific Network on Globalisation‘ (PANG) in Fidschi gegründet. PANG ist ein Netzwerk von engagierten Einzelpersonen und Organisationen, die sich für ökonomische Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung in pazifischen Gemeinschaften einsetzen. Schwerpunkte der Arbeit dieser neuen Nichtregierungsorganisation sind die Auswirkungen der Freihandelsabkommen im Pazifik, die wirtschaftlichen Reformen und Privatisierungskampagnen sowie die Rolle von transnationalen Kooperationen. PANG will über wirtschaftliche Zusammenhänge informieren, aufklären und advocacy-Arbeit betreiben. Der Ausschuss von PANG besteht aus Repräsentanten der Pacific Island Association of NGOs, dem Pacific Concerns Resource Centre und dem Ecumenical Centre for Research, Education and Advocacy. (PNB 10/01)

Korallen sterben aus

Das Umweltschutzprogramm der Vereinten Nationen und des Umwelterhaltungszentrums (UN Environment Programme and World Conservation Monitoring Centre) hat ein Verzeichnis der weltweiten Korallenriffe erstellt und dabei festgestellt, dass die Zahl der intakten Riffe in den letzten Jahren rapide gesunken ist. So hat ein kurzzeitiger Anstieg der Temperatur im Indischen Ozean um ein Grad Celsius im Jahr 1998 zu einem 80%igen Verlust der Korallenriffe auf den Malediven und den Seychellen geführt. Mark Spalding, einer der Autoren des Verzeichnisses, sagte, mit dem Riffsterben gingen auch viele Arten verloren. Im Riff lebten bis zu einer Million verschiedener Lebewesen. Korallen seien durch Tourismus, Dynamtfischerei, globale Klimaerwärmung und Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Noch gibt es weltweit Korallenriffe in der Größe von Italien (284 qkm), verteilt über 101 Länder. 18 % aller Riffe befinden sich in Indonesien, sie sind besonders durch Überfischung und Dynamtfischerei bedroht. (www.sidsnet.org 13.09.01)

lenriffe erstellt und dabei festgestellt, dass die Zahl der intakten Riffe in den letzten Jahren rapide gesunken ist. So hat ein kurzzeitiger Anstieg der Temperatur im Indischen Ozean um ein Grad Celsius im Jahr 1998 zu einem 80%igen Verlust der Korallenriffe auf den Malediven und den Seychellen geführt. Mark Spalding, einer der Autoren des Verzeichnisses, sagte, mit dem Riffsterben gingen auch viele Arten verloren. Im Riff lebten bis zu einer Million verschiedener Lebewesen. Korallen seien durch Tourismus, Dynamtfischerei, globale Klimaerwärmung und Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Noch gibt es weltweit Korallenriffe in der Größe von Italien (284 qkm), verteilt über 101 Länder. 18 % aller Riffe befinden sich in Indonesien, sie sind besonders durch Überfischung und Dynamtfischerei bedroht. (www.sidsnet.org 13.09.01)

OSTTIMOR UND WESTPAPUA

Fretilin gewinnt Wahlen in Osttimor

Die ersten freien Wahlen seit dem Referendum zur Unabhängigkeit Osttimors im August 1999 hat die Partei FRETILIN gewonnen, die bereits 1975 Osttimor unabhängig erklärt und sich seither für die Unabhängigkeit von Indonesien eingesetzt hatte. Fretilin gewann 57% aller Wählerstimmen, blieb damit aber weit hinter den Erwartungen von bis zu 90% Zustimmung der Wähler zurück. Die Wahlen standen unter Beobachtung der Vereinten Nationen. Sie erklärten am Ende 12 Parteien als in die 88 Sitze zählende konstituierende

Versammlung gewählt. Fretilin errang 12 der insgesamt 13 Distriktsitze und 43 der nationalen Plätze. Zweit- und drittstärkste Partei wurden die Democratic Party und die Social Democratic Party. Mit 24 von 88 Vertretern ist die Zahl der Frauen im Parlament vergleichsweise hoch. (PNB 9/01)

Autonomie für Westpapua

Ende Oktober hat das indonesische Parlament ein Gesetz über die „besondere Autonomie“ der Provinz Irian Jaya verabschiedet. Demnach darf sich das Land nun offiziell „Papua“ nennen, das Hissen der Morgensternflagge (neben der indonesischen Flagge) ist erlaubt, die Nationalhymne „Hai tanahku Papua“ darf gesungen werden.

Weitere Regelungen:

- Die Provinz Papua erhält 80% Ertragsanteile (engl. Royalties) an der Forst- und Fischwirtschaft. Außerdem erhält die Provinz 70% der Einnahmen durch die Ausbeutung der natürlichen Bodenschätze (Öl, Gas, Bergbau).
- Ein „Senat“ (Papuan's Consultative Assembly), eine Art Provinzregierung mit Vertretern aller kulturellen, religiösen und Frauen-Gruppen, soll die Rechte der indigenen Papuas gegenüber der indonesischen Regierung schützen. Dieser Senat hat in bestimmten Fragen Vetorecht.
- Der Gouverneur der Provinz muss einheimischer Papua sein. Er hat beratende Funktion bei der Besetzung von Polizeipräsident und Militärführer.

Religiöse Angelegenheiten, innere Sicherheit/Verteidigung und Auslandsbeziehungen fallen nicht unter die besondere Autonomie.

Das Präsidium der Papuas hat das Autonomie-Gesetz abgelehnt. Es ginge den Papuas nicht um eine Autonomie innerhalb der Republik Indonesien, sondern um das Recht auf Selbstbestimmung der politischen Zukunft und damit um das Recht auf ein Referendum, erklärte Präsidiumsmitglied Willy Mandowen. Das Präsidium sprach sich für einen friedlichen Dialog mit Indonesien aus und kritisierte den gewalttätigen Kampf der Organisation für ein freies Papua (OPM). (PNB 10/01, Jyo Indonesian News 27.09., 23.10.01, Tempo Magazine No. 7/01, E-Info Nr. 73 vom 22.11.01)

NRO siegt über Freeport

Die indonesische Umweltschutzorganisation WALHI hat einen Teilerfolg in ihrer Klage gegen die US-amerikanische Bergbaufirma Freeport McMoran erzielt. WALHI hatte Freeport wegen Verletzung des Rechtes auf Information verklagt und gefordert, dass sich Freeport in internationalen Medien entschuldigen müsse. Im ersten Punkt bekam die Umweltschutzorganisation recht. Die Richter entschieden, dass der Bergbaukonzern bewusst gegen das Gesetz zum Schutz der Umwelt verstoßen habe und absichtlich falsche Informationen an die Medien weitergegeben habe. Eine öffentliche Entschuldigung lehnten die Richter jedoch ab.

Hintergrund: WALHI hatte gegen Freeport geklagt, nachdem am 4. Mai 2000 die im Wagonsee gelegene Abraumhalde für die Abräume aus der Gold- und Kupfermine bei Timika abgerutscht war. Der Erdbeben hatte eine Flutwelle im See ausgelöst, bei der vier Arbeiter ums Leben kamen. Freeport hatte bewusst falsche Informationen über die Unglücksursache an die Presse weitergegeben.

Das Gericht forderte Freeport auf, die Gefahren weiterer Erdbeben an den Abraumhalden zu beseitigen und die Giftstoffe in den Abwässern zu reduzieren. Sowohl die Menge des Abraums als auch der Giftgehalt der Abwässer überschreite die in Indonesien gesetzlich festgelegten Höchstwerte. (E-Info Nr. 70/10.11.01)

SALOMONEN

Parlament aufgelöst/Neuwahlen

Am 22. August wurde das 50-köpfige Parlament der Salomon-Inseln aufgelöst. Der Parlamentssprecher kündigte an, man werde sich bis zu den nationalen Wahlen am 5. Dezember 2001 weiterhin als „caretaker“ um die Belange der Einwohner der Inseln kümmern. Inzwischen ist ein Wahlbeobachterteam mit Repräsentanten aus den 16 Ländern des Pacific Island Forum in Honiara eingetroffen. Während der Wahlperiode darf laut Regierungsanweisung kein Alkohol an öffentlichen Orten ausgetrunken werden. (pacnews 22.08., PIR 27.11., 28.11.01)

VANUATU

Autobahn renoviert

(s. Pazifik aktuell Nr. 49, S. 9: Dazu erreichte uns folgende Beschreibung von Hans Schmidt aus Port Vila/Vanuatu)

Auf Efate gibt es mehr als eine Straße! Für einheimische Ver-

hältnisse kann man es schon einen highway oder eine Autobahn nennen, noch sind keine Löcher im Asphalt. Sie hatte sogar an den Seiten Abstandspflöcke, diese schwarz-weißen Stöcke mit Reflektoren dran. Da aber mehr Fußgänger als Autos die Straße benutzen, und jeder Bauer und Wandersmann ein Haumesser bei sich hat, sind alle Pflöcke mittlerweile geköpft, enthauptet oder demoliert. Der Transport von Waren ging auch vorher. Die Straße führt erst mal ins Niemandsland, auf der Ostseite wohnen nicht viele Menschen. Wenn man zu den Touristen-Ressorts wie Tamanu Beach will, muss man von der neuen Straße weiterhin auf die ‚dirt road‘ abbiegen. Größten Fortschritt finde ich, dass die 50m lange Zufahrt zum Krankenhaus nach anderthalb Jahren asphaltiert wurde. Hier waren die tiefsten Schlaglöcher von Port Vila. (Hans Schmidt 14.11.01)

FIDSCHI

Überraschendes Ergebnis bei Parlamentswahlen

Überraschend hat die jüngste politische Partei in Fidschi die meisten Parlamentssitze bei den nationalen Wahlen im August 2001 gewonnen. Die erst vor drei Monaten gegründete SDL (Soqosoqo ni Duavatu ni Lewenivanua) unter Vorsitz des Interimprieministers Laisenia Quarase gewann 32 der 71 Plätze im Parlament. Damit wurde Quarase in seinem Amt als Premier bestätigt. Zweitstärkste Partei wurde mit 27 Sitzen die Fiji Labour Party unter Leitung des abgesetzten Ex-Premiers Mahendra Chaudhry, die nach den Wah-

len von Mai 1999 an die Macht gekommen war und bis zum Putsch im Mai 2000 die Regierung stellte. Entgegen der Verfassung vergab Quarase nicht die der Labour Party zustehenden 47 % an Kabinetts-posten an Chaudhrys Mitstreiter. Quarases Kabinett besteht daher nur aus indigenen Fidschianern. Dies hatte international für Befremden gesorgt. Experten gehen davon aus, dass Fidschi vorerst nicht wieder ins Commonwealth aufgenommen wird, aus dem es nach der Regierungskrise im vorigen Jahr ausgeschlossen worden war.

Der klare Sieg der SDL überraschte, weil der jungen Partei zehn traditionsreiche Parteien gegenüberstanden, so z. B. die SVT unter der ehemaligen Leitung von Sitiveni Rabuka und die Fijian Association Party (FAP) unter der Ex-Vizepremierministerin Adi Kuni Speed. Sie legte den Parteivorsitz nieder, da die FAP keinen Sitz im Parlament gewinnen konnte.

Überraschend auch der Erfolg der neu gegründeten konservativen Allianz ‚Matanitu Vanua‘ mit dem Kandidaten Georg Speight, dem inhaftierten Führer des Putsches von Mai 2000. Die Partei gewann 6 Sitze im Parlament, einer davon ging an Speight. Er vereinte 3.232 Wählerstimmen auf sich.

Die Menschen wählten überwiegend entsprechend ihrer ethnischen Zugehörigkeit, d.h. die Indo-Fidschianer wählten die politisch links gerichtete Fiji Labour Party, die Fidschianer die SDL und die konservative Allianz. (PNB 9/01, Wansolwara 06.09., Times of India 14.09., Pasifik Nius 15.09., Fiji Daily Post 17.09., Presseinfo EU 01.10., PIR 20.11.01)

Fidschi hat die größten Streitkräfte

Nach Australien und Neuseeland verfügt die Republik Fidschi über die größte Streitmacht im Südpazifik. 5.097 Soldaten leisten in Fidschi Dienst, die Gesamtbevölkerung besteht aus knapp 800.000 Menschen. Zum Vergleich: In dem geographisch viel größeren und mit 5,13 Mio. Einwohnern bevölkerungsreichstem Land Papua-Neuguinea gibt es nur 4.150 Soldaten. Bis zum Ende dieses Jahres wird das Militär Kosten von 80 Mio. US Dollar verursacht haben, damit sind die Streitkräfte die teuerste Institution des Landes. (Fiji Times online, PNB 10/01)

Hohe Suizidrate

Nach dem Suizid von vier Schulmädchen auf Vanua Levu warnte der ehemalige Bürgermeister von Labasa, Dr. Pradeep Singh, vor dem Verkauf des Unkrautvernichtungsmittels Paraquat in Supermärkten. Die Kinder hatten sich nach Bekanntgabe ihrer Schulnoten mit dem Schädlingsbekämpfungsmittel vergiftet. Vor allem Jugendliche nahmen sich mit Hilfe des Unkrautvernichtungsmittels das Leben, erklärte Singh. Eine weitere Methode, sich zu töten, sei das Hängen. Die Suizidrate auf Fidschi war nach der Zeugnisausgabe im Oktober rapide angestiegen, besonders betroffen waren Indo-Fidschianer. Grund für die hohe Selbstmordrate ist laut Singh das restriktive Schul- und Benotungssystem, dass angeblich Indo-Fidschianer bei der Vergabe von Stipendien benachteiligt. Fidschi und Samoa verzeichnen weltweit die höchste Suizidrate. (Wansolwara online 07.11., PIR 12.11.01)

FRZ. ÜBERSEEGBIETE

Hilfe für Fischindustrie

Die Europäische Kommission (EC) wird im neuen Jahr 30 Mio. Euro für die pazifischen Inselstaaten freigeben. Das gab der Beauftragte der EC für den Pazifik, Frans Baan, am Rande eines workshops zur nachhaltigen Landwirtschaft in Nadi/Fidschi bekannt. Die Hilfsprogramme sehen unter anderem ein 10,5 Mio. Euro teures Programm zur Förderung der Fischfangindustrie in den französischen Überseegebieten vor. Das „Pacific Regional Oceanic and Coastal Development Fisheries Programme“ (proc-fish) soll die Fischbestände in den einzelnen Fanggebieten beobachten und Informationen über große Fischarten, wie z. B. den Thunfisch, sammeln und verarbeiten.

Weitere Projekte, die aus Mitteln des European Development Fund bezahlt werden:

- Reduktion von Krankheitserregern bei Obst und Gemüse (4,3 Mio €)
- Förderung der Fiji School of Medicine (7,5 Mio. €)
- Aufbau eines Informationszentrums des South Pacific Regional Environmental Programme in Apia. (*Oceania Flash* 31.10.01)

TONGA, SAMOA, NAURU, KIRIBATI

Tonganer zum Vorsitzenden gewählt

Der aus Tonga stammende Verleger und Journalist Kalafi Moala ist zum Vorsitzenden der im Oktober gegründeten ‚Pacific Islands Media Association‘

(PIMA) gewählt worden. Die in Auckland ansässige Organisation unterstützt die in Neuseeland zum Pazifik arbeitenden Profi-Journalisten bei der Recherche und Veröffentlichung von pazifikrelevanten Themen. Die PIMA will sich als Netzwerk von Journalisten aus dem Pazifik verstanden wissen.

Der Tonganer Kalafi Moala leitet den Verlag Lali Media in Neuseeland und ist Herausgeber der „Taimi 'o Tonga“, einer unabhängigen Wochenzeitung in tonganischer Sprache. Moala hatte erst kürzlich den „Cook Island Star“ und die „Pasifika Times“ aufgekauft. In der Journalistenszene gilt Moala als „Meister der freien Rede“, für kritische Äußerungen über die tonganische Regierung verbüßte er 1996 eine 26-tägige Haftstrafe.
(www.pima.org.nz)

Samoaner gerettet

Lapahale Sopi (36) und Telea Pa'a (27) aus Samoa sind nach 132 Tagen auf See vor der Küste Papua-Neuguineas entdeckt und gerettet worden. Die beiden Fischer waren zusammen mit zwei Kollegen am 28. Juni 2001 zum Fischfang in Samoa aufgebrochen. Durch das Gewicht ihrer Beute war das 25 Fuß lange Aluminium-Dinghi voll Wasser gelaufen. Die vier Fischer hatten daraufhin die beiden Außenbordmotoren über Bord geworfen und waren so nicht mehr in der Lage, das Boot zu steuern. Sie ernährten sich während der drei Monate auf See von den gefangenen Fischen, aßen vorbeitreibende Kokosnüsse und tranken Regenwasser. Tofi Lauvi (42) und To'o Ionai (59) überlebten nicht, sie verhungerten an Bord. Die beiden Überlebenden wurden jetzt in der Milne Bucht in PNG von der Crew der MV Hiwi aufgegriffen und an Land in das Dorf Bu'ubou gebracht. Ein Dorfbe-

wohner hatte von einem Hügel ein im Dinghi gehisstes blaues Tuch entdeckt und war mit seinem Kanu hinaus gepaddelt. Er half der Crew bei den schwierigen Bergungsarbeiten in rauer See. Sopi und Pa'a geht es nach der 4.000 km langen Irrfahrt von der Küste Samoas bis nach Papua-Neuguinea den Umständen entsprechend gut.
(*pacnews* 12.11.01, *samoanews online*)

Nauru nimmt Flüchtlinge auf

Die 22 Quadratkilometer große Republik Nauru hat mit der australischen Regierung einen bis zum 1. Mai 2002 gültigen Vertrag über die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak und Afghanistan geschlossen. Für die Aufnahme der Flüchtlinge werden Nauru Schulden in Höhe von einer Million AUS Dollar erlassen, 20 Stipendien für ein Studium in Australien an Jugendliche vergeben sowie die Kosten für Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge übernommen. Der Vertragswert wird auf 20 Mio. AUS Dollar geschätzt. Nauru, das immer wieder Probleme mit Stromausfall hat, profitiert vor allem von drei neuen Stromgeneratoren und dem dazugehörigen Dieselöl.

Die Weigerung der australischen Regierung, irakische und afghanische Kriegsflüchtlinge von den Frachtschiffen *Tampa* und *HMAS Manoora* aufzunehmen, hatte im Ausland für Empörung gesorgt. Im Inland war die Entscheidung – unmittelbar vor den Wahlen – auf relative Zustimmung gestoßen. Seit August des Jahres haben mehr als 1.000 Menschen („boat people“) versucht, sich an die Ufer der australischen Küste zu retten.

Die 12.000 Einwohner zählende Republik Nauru hat die rund

500 Flüchtlinge in festen Sportlerunterkünften und in Zelten auf dem Fußballplatz untergebracht. Die meisten der Flüchtlinge weigerten sich zunächst, von Bord zu gehen. Sie forderten, in Australien an Land gebracht zu werden. Einige Flüchtlinge sprangen aus Protest ins Wasser, wurden aber von der australischen Marine gerettet.

150 Flüchtlinge aus Palästina wurden vorübergehend in Neuseeland aufgenommen. Die zu Papua-Neuguinea gehörende Insel Manus hatte bereits zuvor 260 (überwiegend irakische) Flüchtlinge aufgenommen. Premierminister Mekere Morauta betonte aber, dies sei nur eine temporäre Lösung des Flüchtlingsproblems. Gegen die Geschäfte der Menschenhändler, die gegen hohe Geldsummen den Flüchtlingen ein besseres Leben in Australien versprechen, müsste mit aller Härte vorgegangen werden. (*The Age* 11.09., *SMH* 21.09., *FR* 27.09., *PIR* 11.10.01)

NIUE

Entvölkerung

Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Bindung der Insel Niue an Neuseeland, warnte Niues Hochkommissar für Neuseeland, Hima Takelasi, vor der Entvölkerung des östlich von Tonga gelegenen Atolls. Zur Zeit leben noch 1.800 Bewohner auf der nur 259 Quadratkilometer großen Insel, 18.000 Niueaner leben dagegen in Neuseeland. Grund für die Entvölkerung sind die mangelnden Arbeitsmöglichkeiten. Takelesi sagte, es würden dringend Leute gebraucht, die Ideen hätten, wie man auf einer

Atollinsel Geld verdienen könnte. Eine Möglichkeit, Einkommensquellen zu erschließen, sei der Tourismus, eine weitere die Neuregelung der Einwanderungspolitik. Man sollte Niue für alle Einwanderungswilligen öffnen und informell jeden aufnehmen, der auf die Insel ziehen wolle, riet der Hochkommissar.

Niue wurde im September 1901 als Teil der Cook-Inseln von Neuseeland annektiert. Im Oktober 1974 wurde die Insel unter dem Niue Constitution Act zum sich-selbst-regierenden Gebiet in freier Assoziation mit Neuseeland. Der erste Premierminister wurde 1975 gewählt, heutiger Premier ist Sani Lakatani. Die Bewohner Niues haben einen neuseeländischen Pass. (*pacnews* 07.11.01, *Pacific Islands Encyclopedia*)

Inselbevölkerung soll in Guinness Buch

Ein schwedisches Fotografenteam will innerhalb einer Woche alle 1.800 Bewohner der Insel Niue fotografieren und sich damit einen Eintrag ins Guinness Buch der Rekorde sichern. Noch nie zuvor wurde die gesamte Bevölkerung eines Landes fotografiert. Publiziert werden sollen die Bilder in einem 16-seitigen Magazin, das an jeden Bewohner kostenlos verteilt wird. Einige der Einwohner weigern sich bisher, sich fotografieren zu lassen. Deshalb hat das Tourismusbüro von Niue die Bürger um Kooperation gebeten. Man erhofft sich einen Aufschwung in der Tourismusindustrie mit Reisenden aus skandinavischen Ländern. (*pacnews* 12.11.01)

AUSTRALIEN

Howard bleibt an der Macht

Ministerpräsident John Howard wurde am 10. November für eine dritte Amtszeit wiedergewählt. Der konservative 62-jährige Politiker hatte 1996 die Labour-Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Paul Keating abgelöst. Im Mittelpunkt seines Wahlkampfes stand die Asylpolitik. Howards hartes Durchgreifen gegen die illegale Einwanderung der „boat people“ brachte ihm zwar international Kritik ein, sicherte ihm jedoch die Mehrheit der 12,5 Millionen Wähler.

Die australische Bundesregierung setzt sich zusammen aus Mitgliedern eines Zweikammerparlamentes, dem Repräsentantenhaus mit 150 Sitzen und dem Senat mit 76 Sitzen. Die Regierungskoalition im Repräsentantenhaus wird aus der Liberal Party und der National Party gebildet. Die Opposition wird angeführt von der Labour Party, dessen Führer Kim Beazley nach der Wahlniederlage zurücktrat. (*Le Monde* 10.11.01, www.australien-info.de)

AIDS auch im Pazifik

Das australische Melbourne war im September Gastgeber einer Konferenz zur Ausbreitung des HIV-Virus/AIDS im asiatisch-pazifischen Raum. Minister aus 33 Ländern der Region diskutierten unter Vorsitz von Außenminister Alexander Downer und im Beisein von Vertretern der Vereinten Nationen und internationaler Hilfsorganisationen Strategien, wie die Ausbreitung des Virus verhindert werden kann. Zudem wurde überlegt, wie den bereits mit dem HIV-Virus infizierten Personen besser geholfen werden kann und in welchem Umfang Medikamente zur

Verfügung gestellt werden müssen.

20 % aller weltweit an AIDS erkrankten Menschen leben in der asiatisch-pazifischen Region. Der Gesundheitsminister der Insel Vanuata, Clement Leo, sagte, im Falle AIDS müssten alle pazifischen Staaten an einem Strang ziehen. In Vanuatu gebe es zwar noch keine bekannten Fälle von AIDS, dafür sei die Zahl der an sexuell übertragbaren Krankheiten (STD) betroffenen Menschen durch Kontakte zu Touristen sprunghaft angestiegen.

Die australische Regierung kündigte an, sie werde ein Gipfeltreffen der asiatisch-pazifischen Führer zum Thema AIDS/HIV finanziell fördern, um das Problem auf höchster politischer Ebene bekannt zu machen und ins Bewusstsein der Entscheidungsträger zu rufen. Außerdem werde die Regierung drei regionale Aidsprojekte mit 50 Mio. AUS Dollar unterstützen sowie weitere Programme zur Aidsbekämpfung in pazifischen Ländern implementieren. *(pacnews 07.11.01)*

NEUSEELAND

Tuvalu Anfrage erfolgreich

Tuvalu hat bei der neuseeländischen Regierung angefragt, wie viele Einwohner im Rahmen des Migrationsprogrammes „Pacific Access Category“ nach Neuseeland auswandern dürfen. Die NZ-Regierung legte eine Quote von 1.500 Menschen jährlich fest. Grund für die Auswanderung ist neben der Überbevölkerung - und der dadurch bedingten Trinkwas-

ser- und Lebensmittelknappheit- auch der Klimawandel. In den 90er Jahren erlebte Tuvalu Überschwemmungen und Erosionen durch Flutwellen. Die Ernte wurde mehrmals durch starke tropische Wirbelstürme zerstört, die Landwirtschaft ist durch das salzige Meerwasser bedroht. Auf den nur 4,5 Meter hohen Atollen gibt es keine Süßwasserzufuhr. Paani Laupepa, Minister für Bodenschätze, Energie und Entwicklung, führt die Veränderungen der Umwelt unmittelbar auf die Erwärmung der Erdatmosphäre durch den erhöhten Kohlendioxidstoß zurück. Für den Fall eines „Untergangs“ der Atollinseln will Laupepa Australien in die Pflicht nehmen und dort um Aufnahme der Tuvalus bitten.

Die erst kürzlich gestartete Anfrage der Regierung von Tuvalu auf Aufnahme in Australien hatte bisher keinen Erfolg. Ein „Untergangsszenario“ sei erst in 30, 40 oder 50 Jahren zu erwarten, da müsse man jetzt noch nicht vorsorgen, sagte Philip Ruddock, der australische Minister für Immigration. Wenige Wochen später bat die australische Regierung Tuvalu, einige der vor ihrer Küste gestrandeten „Boat people“ aufzunehmen. *(BBC 09.10., Climate change 15.10., pacnews 15.10., BBC 16.11., FR 27.11.01)*

Auckland in „Mittelerde“ umbenannt

Die neuseeländische Metropole Auckland auf der Nordinsel ändert im Dezember des Jahres für eine Woche ihren Namen in „Mittelerde“. Mittelerde ist die imaginäre Welt der Figuren in J.R.R. Tolkiens bekanntester Fantasytrilogie „Herr der Ringe“. Die in Neuseeland gedrehte aufwändige Produktion feiert im Dezember Premiere. Erstmals in der Geschichte des Films wird eine reale Stadt nach einer fiktiven Welt be-

nannt. Die neuseeländische Regierung erhofft sich von der einwöchigen Namensaktion einen Aufschwung im Tourismus. Schon seit Beginn der Dreharbeiten vor zwei Jahren konnten die Drehorte erhöhte Besucherzahlen verzeichnen. Das Interesse an Neuseeland dürfte sich nach Einschätzung der Tourismusbehörde nach dem Anlaufen des Films in internationalen Kinos erneut steigern.

„Der Herr der Ringe“ wurde in drei Teilen verfilmt. Der erste Teil „Die Gefährten“ läuft in Deutschland am 20. Dezember an, die beiden Teile „Die zwei Türme“ und „Die Rückkehr des Königs“ folgen im Jahresabstand. Mit Cate Blanchett, Liv Tyler und Christopher Lee konnte der Regisseur Peter Jackson hochkarätige Schauspieler für das teure Mammutprojekt gewinnen. *(Sunday Telegraph online, www.cinema.de)*

Höchste Frauenquote im Parlament

Eine Studie der amerikanischen Organisation ‚Women, Environment and Development‘ (Frauen, Umwelt und Entwicklung) brachte es an den Tag: Innerhalb der zum britischen Commonwealth gehörenden Länder sind nur wenige Frauen im Parlament vertreten. Die pazifischen Länder bilden das Schlusslicht in der Liste der 49 Commonwealth-Mitglieder. In den Parlamenten von Nauru, Vanuatu, Tonga und Tuvalu sind keine Frauen. Auf Kiribati sind immerhin zwei der 42 Parlamentarier Frauen, ebenso in Papua-Neuguinea, dort ist die Quote allerdings 2:107. Die höchste Frauenquote (30,8 %) hat Neuseeland, hier sind 37 der 120 Parlamentsmitglieder Frauen, sogar in den höchsten politischen Ämtern (Premierministerin und Oppositionsführerin). *(PNB 10/01)*

BRENNPUNKTE/ HINTERGRÜNDE

Unabhängigkeitsführer in Westpapua ermordet

Der Führer der Unabhängigkeitsbewegung in Westpapua ist am 10. November einem Attentat zum Opfer gefallen. Der 64-jährige Theys Hiyo Eluay war auf der Heimfahrt von Jayapura nach Sentani von unbekanntenen Männern entführt und wenige Stunden später tot in seinem, einen Steilhang hinabgestürzten, Auto aufgefunden worden. Eluay war auf dem Rückweg von einem Abendessen mit hochrangigen Vertretern der indonesischen Spezialstreitkräfte Kopassus anlässlich einer Feier zum „Heroes Day“ im Hotel Matoa in Jayapura. Seine Leiche wurde in Koya, rund neun Kilometer von der Grenze zu Papua-Neuguinea, entdeckt. Sie wies Spuren von Folter und Strangulation auf, eine Autopsie wurde angeordnet.

Der charismatische Unabhängigkeitskämpfer war im Juni vergangenen Jahres zum Vorsitzenden des Papua-Präsidiums gewählt worden. Das Präsidium setzt sich für ein Referendum zur Unabhängigkeit der indonesischen Provinz ein und hatte vor wenigen Wochen die Autonomieregelung für Westpapua abgelehnt. Zum Zeitpunkt des Mordanschlags war Eluay nur gegen Kautio-

auf freien Fuß. Sein Verfahren wegen subversiver Tätigkeit sollte in den nächsten Tagen vor Gericht abgeschlossen werden.

Theys Eluay war *chief* des Sentani Stammes. Er gehörte zu den 1.025 handverlesenen Papua-Führern, die sich 1969 im sogenannten „Act of free choice“ für den Verbleib von Westpapua bei Indonesien aussprachen. 15 Jahre lang vertrat Eluay Westpapua im indonesischen Parlament. Er war Parteimitglied der führenden Golkar-Partei. Nach dem Ende der Suharto-Regierung 1998 wechselte Eluay in die Unabhängigkeitsbewegung und stieg zu ihrem bekanntesten Führer auf. Die kontroverse politische Biographie des 64-jährigen verschaffte ihm viele Feinde. Seine Aufrufe zu Frieden, Versöhnung und Dialog mit der indonesischen Regierung missfielen vor allem der ‚Organisation für ein freies Papua‘ (OPM), die sich seit 36 Jahren gewaltsam für die „Befreiung“ der Provinz einsetzt.

Bei der Überführung der Leiche in einem mit der Morgensternflagge geschmückten Sarg von Kota bis in seinen Heimatort Sentani säumten bis zu 5.000 Menschen die 45 km lange Wegstrecke. Eluay wurde am 17. November im Beisein von 10.000 Menschen in Sentani beigesetzt. Die Zeremonie wurde von Rev. Herman Awom (GKI) geleitet. Theys Eluay hinterlässt seine Frau Yaneke Ohee und sieben Kinder. (*Joyo Indonesian News* 12.11., *Wall Street Journal* 12.11., *SCMP* 12.11., *FR* 13.11., *Tapol, Jakarta Post* 15.11.01)

SPORT IM PAZIFIK

Unterstützung durch Pa- cific Islands Forum

Beim 32. Treffen des Pacific Islands Forum im August 2001 in Nauru betonten die anwesenden Staatschefs aus den Cook-Inseln, Mikronesien, Nauru, Kiribati, Neuseeland, Niue, Palau, den Marshall-Inseln, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu und Australien die Bedeutung von sportlichen Wettkämpfen für die Bevölkerung der pazifischen Inselstaaten. Sport erhöhe die Lebensqualität, fördere die Gesundheit und die Ausbildung und unterstütze die einheimische Wirtschaft durch die Schaffung von Arbeitsplätzen gerade auch in kleinen Inselstaaten. Über sportliche Erfolge erhielten junge Menschen die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen, um dort an Wettkämpfen teilzunehmen. Die Weiterentwicklung des Sports sei deshalb ein wichtiger Punkt innerhalb der allgemeinen Strategien zur Entwicklungspolitik der pazifischen Region, hieß es seitens des Forums. (*Forum Communiqué* 24.08.01)

Ozeanische Sportvereini- gung wird gegründet

Am Rande der South Pacific Mini Games auf den Norfolk Inseln im Dezember des Jahres wird sich die „Oceania Association of International Sports Federation“ (OAISF) offiziell konstituieren. Das gab der Koordinator des Gründungskomitees, Bill Bailey, bekannt. In dem Verbund werden sich verschiedene Vereine, wie etwa die Verbände der Schwimmer, Tennisspieler, Baseball- und Basketball-Spieler und die Leichtathleten, zusammenschließen. Ziel der übergeordneten Sportorganisation soll die Förderung pazifischer Sportler sein. Die OAISF will die nationalen olympischen Komitees unterstützen und die Veranstaltung internationaler sportli-

cher Wettkämpfe im Pazifik fördern. (pacnews 9.11.01)

Australien nicht bei WM

Die australische Fußballnationalmannschaft hat es nicht geschafft. Im entscheidenden Qualifikationsspiel für die Fußballweltmeisterschaft 2002 in Japan und Korea verloren die „Socceroos“ 0:3 gegen die Mannschaft aus Uruguay. Vor 65.000 Fans im Estadio Centenario in Montevideo boten die Uruguayer Fußball vom feinsten und qualifizierten sich erstmals seit 1990 für die WM. Mit der Niederlage hat Australien erneut eine Teilnahme am prestigeträchtigsten Fußballturnier der Welt verpasst. 1974 hatte Australien letztmalig an einer Fußball-WM (in Deutschland) teilgenommen. Die „Socceroos“ überlegen nun, ob sie sich in Europa auf die Weltmeisterschaft 2006 vorbereiten sollen. (SMH 26.11., 28.11.01)

Australier sind Boxchampions

Australien war das erfolgreichste Team bei den Ozeanischen Boxmeisterschaften, die eine Woche lang in Suva/Fidschi ausgetragen wurden. Das Team gewann 4 Gold-, 5 Silber- und 3 Bronzemedailien und lag damit vor Neuseeland (3/1/2) und Samoa (2/3/2). (pacnews 27.11.01)

BUNT GEMISCHT

Entrüstung über Striptease Shows

Vanuatu. Die Klanältesten auf der Insel Vanuatu und der National Council of Women (Rat der Frauen) haben sich entristet über die Aufführung einer Striptease-Show in einem Club der Hauptstadt Port Vila gezeigt. Im „Office Pub“, einem Club nur für Mitglieder, wurden zweimal pro Woche Striptease-Shows vorgeführt. Die traditionellen *chiefs* und der Frauenrat verlangten eine Untersuchung darüber, wie der Pächter die Erlaubnis für eine derart „unanständige Performance“ (Zitat) erhalten habe.

Der neue Pächter hatte zunächst alle alten Bardamen und Kellner gefeuert und durch neue ersetzt. Um die daraufhin ausbleibenden Stammgäste wieder anzulocken, hatte er eine australische Striptänzerin engagiert. Ihrer Vorstellung hatten auch viele einheimische Polizisten zugeschaut, so dass der Pächter davon ausging, diese Art von Show sei erlaubt. (pacnews 18.08.01, Email von Hans Schmidt aus Vanuatu 14.11.01)

Haie auch in Europa

Weißer Haie sind gefährlich. Das weiß man spätestens seit Steven Spielbergs Film „Der weiße Hai“ (USA, 1975). Jetzt wurde die Statistik zu Haibissen weltweit veröffentlicht. An erster Stelle steht die USA mit 706 Angriffen im Jahr 2000. Australien folgt mit 323 Angriffen, darauf Afrika mit 291 Haibissen. Die pazifischen Inselstaaten stehen an vierter Stelle der Statistik mit ‚nur‘ 266 Haibissen. An drittletzter Stelle stehen europäische Gewässer. Hier bissen die Haie 37 mal zu. (Internat. Shark Attack File)

Keine pruden Australier

Melbourne. Die Australier sind nicht so prude wie die Schweizer. Das könnte man anlässlich

der Zahlen zum Fotoshooting des amerikanischen Aktionskünstlers Spencer Tunick behaupten. Tunick ist für seine ‚menschlichen Skulpturen‘ aus nackten Körpern bekannt. Jetzt

legten sich 4.000 australische Bürger trotz Regen, Wind und Kälte nackt in einen Park in Melbourne, um sich fotografieren zu lassen. In Fribourg in der Schweiz hatten sich im August des Jahres nur 200 Freiwillige auf den Rathausplatz gelegt. Tunicks Fotos von nackten Menschen erzielen Preise von bis zu 9.000 €. (The Age 07.10.01)

Preis für Fiji Tours

Fidschi. Der Reiseveranstalter „Discover Fiji Tours“ erhält im Januar 2002 auf der Internationalen Touristikmesse in Madrid die höchste Auszeichnung in der Kategorie „Tourist, Hotel und Catering“. Fiji Tours bietet einen Schiffstagesausflug in ein einheimisches Dorf an. Tage zuvor war das exklusive „Turtle Island Resort“ auf der Yasawa-Inselgruppe westlich von Fidschi zum besten Resort in Nordamerika und dem Pazifik ernannt worden. (pacnews 26.11.01)

Walt Disney Musik aus Tahiti

Papeete. Die tahitianische Musikband „Fenua“ liefert den Soundtrack für den nächsten Walt Disney Zeichentrickfilm „Lilo und Stitch“. Die Band produziert einen knapp vierminütigen Beitrag mit dem Titel „Te mama rava“, der als musikalisches Leitmotiv den gesamten

Film durchziehen soll. (pacnews
23.11.01)